Haushaltsrede der UWG – Fraktion zum Etatentwurf 2018

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratsmitglieder,
sehr geehrte Zuhörer,

zum ersten Mal in diesem Jahrtausend wird ein positiver Jahresabschluss nicht nur angekündigt, sondern auch tatsächlich erreicht.

Die UWG hat den Haushalt 2017 mitgetragen, weil ein ausgeglichener Haushalt 2017 unsere letzte Chance war, dem drohenden Nothaushalt zu entgehen.

Bei aller Freude, das Haushaltssicherungskonzept zu verlassen, muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass dieses Ziel nicht gänzlich allein erreicht werden konnte.

In der Sprache der Juristen müssen wir unterscheiden zwischen endogenen (also von der Ratsmehrheit beeinflussten Faktoren) und exogenen (also von außen einwirkenden Faktoren).

Zu den von der Ratsmehrheit beeinflussten Faktoren haben wir von den Vorrednern schon einiges gehört. Ich brauche daher nicht näher darauf einzugehen.

Nur auf einen Umstand möchte ich noch hinweisen: Alle Beschlüsse in diesem Haus sind überwiegend von allen Ratsfraktionen getragen worden und nicht nur allein von der SPD, auch wenn das eben so geklungen hat.

Bei den exogenen Faktoren ist die Rolle des Landschaftsverbandes nur sehr spärlich betrachtet worden, hat doch dieser Umlageverband eine erhebliche Auswirkung auf den Hebesatz der Städteregion.

Keiner der Vorredner hat erwähnt, dass der Landschaftsverband seine Mitgliedskörperschaften um unglaubliche 834.091 Mio. € entlastet hat.

Im Einzelnen: Ausschüttung der Rücklage für Integrationshilfen, die auf Grund der Rücknahme der anhängigen Klagen von Mitgliedskommunen nicht mehr nötig war in Höhe von - und jetzt nenne ich nur anteilig den auf die Städteregion entfallenden Anteil – 14,913 Mio. €.

Des Weiteren konnte der Haushalt 2017/18 des LVR um weitere 9,490 Mio. € entlastet werden, weil die Kosten für die Übernahme der Integrationshilfen entplant werden konnten.

Durch den Nachtragshaushalt 2017 wurde der Umlagesatz um 0,75 % also 6,502 Mio. € gesenkt, und durch die diese Woche noch zu verabschiedende Umlagesenkung um 1,5 % erfolgt eine weitere Entlastung der Städteregion und damit ihrer Mitgliedskommunen um weitere 14,147 Mio. €.

Das macht insgesamt eine Reduzierung für die Städteregion in Höhe von 45,053 Mio. € aus, die sie an ihre Mitgliedskommunen weitergeben müsste, obwohl sie das nicht in Gänze umsetzt.

Bekanntlich klagt die Stadt Eschweiler wegen der nicht weitergeleiteten Gelder vor dem Verwaltungsgericht.

Der Anteil der Stadt Eschweiler an der Städteregionsumlage beträgt ca. 10,2 %, was damit zu einer Entlastung von ca. 4,8 Mio. € führen müsste.

Trotz der eben dargestellten Einnahmeverbesserung der Städteregion sinkt zwar der Hebesatz für die Kommunen, gleichzeitig steigen die tatsächlich zu leistenden Umlagezahlen erneut an.

Die Hoffnung, dass mit der Städteregion 2010 durch Ausnutzung von Synergieeffekten zumindest ein gleichbleibender Umlageaufwand erreicht werden könnte, hat sich nicht erfüllt.

Bisher ist nicht davon auszugehen, dass das Modell Städteregion ein Erfolgsmodell wird. Die Städteregion ist in erster Linie daran interessiert, ihren eigenen Haushalt mit den ihr genehmen Zielen durchzusetzen, das Wohl der angehörenden Kommunen ist nur sekundär.

Wir fordern die Städteregion auf, endlich die versprochenen Einsparungen sowohl bei den Ausgaben als auch im Personalwesen zeitnah umzusetzen.

Des Weiteren fordern wir die Städteregion auf, die Zuwendungen nach dem Kommunalfördergesetz (12,5 Mio. €) sowie aus dem Programm Gute Schule 2020 (12,77 Mio. €) als Finanzierung für Maßnahmen des Ergebnishaushaltes einzusetzen, um so eine deutliche Umlagereduzierung und Entlastung der Regionskommunen zu erreichen.

Wir können uns vorstellen, dass der Umlagesatz der Städteregion ohne die historisch zu nennende Entlastung durch den Landschaftsverband noch wesentlich höher ausgefallen wäre und regionsangehörige Kommunen in den Nothaushalt verabschiedet hätte.

Doch zurück zu den Kriterien, die hier vor Ort von uns gestaltet werden können:

Unsere Beharrlichkeit bei der Berechnung der Abwassergebühren hat sich auch in diesem Jahr ausgezahlt.

Die UWG hat schon seit Jahren beanstandet, dass bei den Abwassergebühren 6,5% Zinsen in Rechnung gestellt werden, wobei die Stadt selbst Zinsen knapp über 0 % zahlt. Die Stadt vereinnahmt jetzt nur noch 5,7 % kalkulatorische Zinsen, nachdem sie bereits im letzten Jahr auf unseren Antrag eine Reduzierung auf 6% vorgenommen hat.

Die gute jahresbezogene Entwicklung 2017 hat uns – die UWG – veranlasst, die Veränderungswünsche zum Haushalt 2018 daran zu orientieren, dass eine möglichst breite Entlastung für alle Bürger dieser Stadt Raum greift.

In Zeiten nicht ausgeglichener Haushalte wurden die Hebesätze für die Grundsteuern A und B, aber auch die Gewerbesteuer heraufgesetzt. Aus unserer Sicht wäre es nicht mehr als gerecht, dass diese Steuern jetzt moderat gesenkt werden:

die Grundsteuer A von 310 auf 300 v. H. = Mehrbelastung für den städtischen Haushalt und Entlastung für die Bürger : 250.000 €

die Grundsteuer B von 520 auf 500 v. H. = Mehrbelastung für den städtischen Haushalt und Entlastung für die Bürger : 410.000 €

die Gewerbesteuer von 490 auf 480 v. H. = Mehrbelastung für den städtischen Haushalt und Entlastung für die Bürger : 650.000 €

Diese Steuersenkungen wären aus unserer Sicht ein politisches Signal, dass es nicht immer weiter nach oben geht und dass die Politik durchaus auch einmal von erhobenen Steuern abrücken kann. Der Grundsatz, was die Politik einmal vereinnahmt hat, gibt sie nicht wieder her, darf hier in Eschweiler nicht allgemeinverbindlich werden.

Insbesondere die Senkung der Gewerbesteuer soll in Zeiten von großen sich abzeichnenden Veränderungen in der Region (Ende des Braunkohlentagebaus) ein deutliches Signal geben an ansiedlungswillige Unternehmen, dass dieser Steuersatz hier abhängig ist vom wirtschaftlichen Wohlergehen.

Die durch unseren Änderungsvorschlag entstehenden Mehrbelastungen werden durch höhere Gewerbesteuerereinnahmen im Jahr 2018, die noch nicht im Haushalt berücksichtigt worden sind, mehr als kompensiert.

Die Gewerbesteuereinnahmen 2017 wurden bereits - gegenüber dem Ansatz - um mehr als 900.000 € überschritten.

Wie durch eine Steuersenkung ein regelrechter Schub für die heimische Wirtschaft angestoßen werden kann, zeigt uns die Stadt Monheim. Monheim hat 2012 die Gewerbesteuer auf 300 Punkte gesenkt, inzwischen erhebt man nur noch 265 Punkte.

Über den Kommunalsoli zahlt Monheim 30 Mio. € in die Kassen notleidender NRW-Städte und verfügt über eine Ausgleichsrücklage in Höhe von 520 Mio. €.

Die UWG wird die Ablehnung ihres Antrages durch die Ratsmehrheit nicht zum Anlass nehmen, den vorliegenden Haushalt abzulehnen. Es ist jedoch befremdlich, wenn in den Haushaltsberatungen von der Mehrheitsfraktion Rechnungen erstellt wurden, die etwa in die Richtung gingen, dass Beträge um die 10 € bei der Grundsteuer B vernachlässigbar klein seien, man aber nun stolz verkündet, dass bei den Gebühren für Abfallbeseitigung und Straßenreinigung kleinere Beträge wesentliche Entlastungen darstellten! –

Gegenrechnungen vorgestellt wurden, z.B.: Für mein Haus macht die Steuersenkung nur 17 € im Jahr aus, das stellt keine Entlastung dar, aber gleichzeitig großes Siegesgeschrei ertönt bei einer zahlenmäßig geringeren Senkung der Gebühren für Abfallbeseitigung und Straßenreinigung.

Wir freuen uns, dass 2018 die Mehrzweckhalle an der Don Bosco-Schule gebaut wird. Die UWG hatte sich vehement gegen die Streichung der Maßnahme gewandt, nachdem man sie über die geschätzten Baukosten in Höhe von 2 Mio. € beerdigen wollte. Jetzt wird sie – wie von uns gefordert – in abgespeckter Form, aber genau so zweckmäßig - für nur 800.000 € gebaut.

Die Bereitstellung von Mitteln für den sozialen Wohnungsbau hat unsere Zustimmung gefunden, obwohl die Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe aus unserer Sicht das geeignetere Mittel wäre, preiswerten Wohnraum sozial Schwachen zur Verfügung zu stellen. Die Fehlbelegungsabgabe wurde ab 2006 in NRW schrittweise bis 2010 abgeschafft.

Die Begründung des damaligen Bauministers Wittke (CDU):
Das Instrument der Fehlbelegungsabgabe ist nicht mehr zeitgemäß.

Im Land herrscht keine Wohnungsnot, sozial Schwache können preiswerten Wohnraum finden, und tausende Wohnungen stehen leer.

Eine völlige Fehleinschätzung der Lage spätestens seit der Flüchtlingsflut.

Weshalb die SPD/Grüne-geführte Landesregierung NRW diese Regelung nicht wieder eingeführt hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Immerhin wurden mit der Fehlbelegungsabgabe landesweit Einnahmen von mindestens 30 Mio. € generiert.

Auf die Jahre gerechnet hätten allein diese Mittel gereicht, ausreichend sozialen Wohnraum zu schaffen.

Dem Wunsch des Integrationsrates, ihm 4.000 € für eigene Integrationsveranstaltungen zur Verfügung zu stellen, haben wir gerne entsprochen, mit der Bitte, über den Einsatz der Mittel einen Verwendungsnachweis einzureichen.

Wir denken, dass dieser finanzielle Rahmen die Arbeit des Integrationsrates wesentlich unterstützt und dass es gut angelegtes Geld ist.

In der Städteregion Aachen ist die Stadt Eschweiler zwar inzwischen durch die Haushaltsentwicklung 2017 und die relativ zeitnahe Vorlage einer Gesamtbilanz – 2014 - zum Vorbild avanciert, doch sind wir immer noch lediglich der „Einäugige unter Blinden“.

Ohne wesentliche finanzielle Unterstützung von Bund und Land bei Investitionen in die notwendige zentrale Infrastruktur der Stadt wären wir aus eigener Kraft nicht in der Lage, den steigenden Anforderungen der nach Zahlen wachsenden Bevölkerung nachzukommen.

Es ist bittere Realität, dass wir etwa zehnmal so hohe Verpflichtungen haben als bilanziertes Vermögen!

Dieses Missverhältnis grundlegend zu ändern, bedarf es der eingangs von mir geforderten Ausgabedisziplin auf noch viele Jahre!

Schon die nahe Zukunft wird unsere Stadt und die Bürger vor zusätzliche Herausforderungen stellen, die man durchaus als Umbrüche bezeichnen kann.

Mit eigenen Mitteln werden wir die Investitionen in die notwendige Infrastruktur nicht bewältigen können.

Wir sind auf wesentliche Hilfen von Bund und Land angewiesen, um mit den Anforderungen in zentralen Lebensbereichen wie Arbeitsplatz, Wohnungsbau, Mobilität und den sich sprunghaft entwickelnden Auswirkungen des Internets Schritt halten zu können.

Lassen Sie mich in den folgenden Ausführungen zu einigen Themen aus Sicht der UWG uns wichtige Anmerkungen machen:

Seit mehr als einem halben Jahrhundert teilen die Bahnstränge von Aachen nach Köln bzw. Stolberg nach Langerwehe die Stadt Eschweiler an vielen Kreuzungspunkten mit innerstädtischen Straßen.

Nach Wiederinbetriebnahme der Talbahnstrecke, die wegen recht langer Taktzeiten der Schrankenschließungen insbesondere den Rettungsdienst Richtung Stadt „lebensgefährdend“ behindern kann, droht durch die baldige Schließung des Bahnübergangs Jägerspfad nunmehr kurzfristig ein weiterer viel schlimmerer Engpass:

Der schon vor Jahrzehnten zu enge Durchlass „Stich-Röthgenerstraße“, der allenfalls zu Pferdefuhrwerkszeiten gefahrlos zu passieren war, wird von einer Bundesbahn zur „Hauptverkehrsader“ innerhalb der Stadt und als Verbindung zum benachbarten Stolberg hochgestuft!

Wer auch immer hat diese unabgestimmte und das Verkehrschaos provozierende Vorgehensweise vor den Eschweiler Bürgern zu verantworten?

Wenn in der Vereinbarung mit der DB nicht klipp und klar festgelegt ist, wann der Erweiterungsbau des Tunnels konkret in Angriff genommen wird, dann wird diese Erweiterung nie kommen!!

Forderungen an die öffentliche Hand zur Bereitstellung von Ladestationen – möglichst bei jedem Bürger vor der Haustür – sind an der Tagesordnung.

Abgesehen davon, dass hinsichtlich Reichweite, Batterien und Ladestationen noch kaum etwas ausgereift ist, sieht es die UWG nicht als Aufgabe der öffentlichen Hand an, die notwendige Infrastruktur bei Zeiten zur Verfügung zu stellen.

E-Automobilhersteller und Energieversorger sind als erste gefordert, sich dieser Thematik anzunehmen.

Aber, so lange weder die ausreichende Reichweite der Fahrzeuge, noch die Zahl der „Tankstellen“ nicht flächendeckend ist und auch die Dauer der Aufladung einer E-Fahrzeugbatterie nicht verbraucherfreundlicher angeboten werden können, sollten wir uns nicht dieses Themas mit „Nischenvorschlägen“ annehmen.

Wer will schon tagtäglich seine wenige Freizeit an der Tanke verbringen?!

Dank eines Investorenduos aus dem nahen Kerpen ist nach zu vielen Jahren des Verfalls endlich das ehemalige Karstadt-Hertie-City-Center dabei, sein Gesicht gänzlich zu verändern und demnächst ab 2020 zum Zentrum für Handel, Wohnen und Gewerbe zu werden.

Was gab es nicht im Vorfeld der nun auch sichtbaren Veränderungsarbeiten an Gerüchten und Unterstellungen, die alle nicht geeignet waren, die Investition in zweifacher Millionenhöhe positiv zu begleiten! –

Nahezu jeder wollte seine Wünsche und Vorstellungen den Planern mit auf den Weg geben.

Die UWG hat von Beginn an die Meinung vertreten, dass es alleine in der Verantwortung der Investoren liegen muss, im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben „ihre“ Geschäftsideen zu verwirklichen. Schließlich will kein Geldgeber dieses in einem Projekt verlieren, das von dem ins Auge gefassten Kundenkreis nicht angenommen wird.

Lassen wir deshalb – nachdem die Pläne inzwischen auch im Groben bekannt sind – das Bauvorhaben vorangehen, damit die Einkaufsstadt Eschweiler ein von hoher Aufenthaltsqualität geprägtes, erweitertes Stadtzentrum erhält!

Seitens der Stadt und der Politik wünscht sich die UWG abgestimmte Begleitmaßnahmen, die im Hinblick auf die „Altstadt“ jenseits der Inde die dortigen geschäftlichen Aktivitäten stützen:

Wir denken an Erreichbarkeit, Parken und Attraktivierung!

Ein nicht zu vergessendes Thema ist die Bildungspolitik:

In diesem Bereich hat die Mehrheitsfraktion immer wieder in der Vergangenheit mit beeindruckenden Investitionssummen gegläntzt, die im hohen zweistelligen Millionenbereich über einen nicht genau gefassten Zeitrahmen „von ihr“ ausgegeben worden sein sollen!

Eine konkrete Nachfrage beim hiesigen Schulamt vom 02.06.17 wegen der Stimmigkeit und näheren Erläuterung der Beträge blieb bis heute trotz schriftlicher Nachfragen vom 18.09.17 und 27.11.17 unbeantwortet! - Grund: Es fehlt an Zeit zur Zusammenstellung dieser Beträge! - Nun fragt sich allerdings nicht nur die UWG: „Woher hat die SPD die Zahlen?“

Auch in der letzten Woche konnte der interessierte Leser wieder mit Freude lesen, dass „die Stadt mächtig in Schulen investieren will“.

Die UWG würde es begrüßen, wenn zukünftig die Investitionen nach Herkunft – Bund, Land und Stadt – gegliedert würden.

Schon vor vielen Jahren hat die UWG im Rat und den Ausschüssen die Forderung vertreten, dass „Bildung“ - unabhängig von der sozialen Herkunft der Kinder – von der Kita bis zur Hochschule kostenfrei sein müsse, um jedem Heranwachsenden gleiche Chancen zu bieten.

Diese begründete Forderung ist immer am fehlenden Geld gescheitert!!

Inzwischen werden die Forderungen auf höherer politischer Ebene erneut lauter! - Ob es nun endlich umgesetzt wird??

Aber dazu wäre unbedingt eine umfassende Steuerreform notwendig, um die notwendigen Finanzmittel aus Steuern zu generieren.

Angesichts der Schwierigkeit der derzeitigen Regierungsbildung scheint der UWG diese sinnvolle Forderung an die große Politik allerdings utopisch!

Lassen Sie mich den Exkurs durch verschiedene Punkte der Eschweiler Lokalpolitik sportlich beenden:

Jahrelang hat sich die UWG für eine intensivere Heranführung der Schüler ans Schwimmen eingesetzt. Aus unserer Sicht sind in Eschweiler falsche Akzente gesetzt worden:

- Schließen der Weisweiler Bäder,
- Keine (Teil)Überdachung der Dürwißer Anlage,
- Konkurrenzsituation Freibad Dürwiß – Blausteinsee,
- Geringe Wahrnehmung des Schulschwimmangebotes.

Deshalb freut es uns, dass nunmehr durch Einstellen einer ausgebildeten Fachkraft gerade im Bereich des Schulschwimmens dieses Angebot notwendige und wesentliche Impulse erfährt.

Die UWG ist sicher, dass dieses „menschliche Invest“ positive Ergebnisse zeigen wird und bittet die Verwaltung in der nächsten Ausschusssitzung darüber zu berichten.

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen angelangt. Die UWG wünscht allen Eschweiler Bürgern frohe Weihnachten und einen guten Start ins neue Jahr 2018.

Erich Spies
Fraktionsvorsitzender